

Der Maler

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Ercheint Sonnabends
Abonnementspreis 1,50 M. pro Quartal
bei freier Zustellung unter Kreuzband 2 M.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Hamburg 86, Alsterterrasse Nr. 10
Fernsprecher: Nordsee 8246

Postcheckkonto:
Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11598

Arbeitslosenstatistik unseres Verbandes.

Arbeitslosigkeit hat in Deutschland eine katastrophale Höhe erreicht. Nach den Ausführungen des neuen Finanzministers Dr. Reinhold in seiner Programmrede am 10. Februar im Deutschen Reichstag ist die Zahl der arbeitslosen Erwerbslosen von 185 000 Anfang Juli auf 670 000 im Dezember und auf rund zwei Millionen Ende Januar 1926 angestiegen. Rechnet man das bei weitem nicht alle Arbeitslosen durch die Angaben zugrunde liegenden Zählungen der Arbeitslosen erfasst werden und zieht noch die Zahl der Familienangehörigen in Betracht, die durch die Arbeitslosigkeit ernährers in Mitleidenschaft gezogen werden, so das graustige Elend der gegenwärtigen Wirtschaftslage erst ganz zum Ausdruck, wenn man bedenkt, daß über 2,5 Millionen von weitgehender Kurzarbeit betroffen sind, die das Heer der Darbenden noch beträchtlich vergrößern. Die Verheerung der Arbeitslosigkeit und die Verheerung der Not ist vom Problem zur dringenden Aufgabe geworden und die Inangriffnahme des Wirtschaftslagens zu einer brennenden Existenzfrage für das deutsche Volk geworden.

Der Malerberuf hat als Saisongewerbe von jeher den Unbilden des Winters stark zu leiden gehabt. In normalen Zeiten tausende von Kolonialarbeitern der Industrie und andern Berufen und Branchen kommen und dort Erwerbsmöglichkeiten finden. Die gegenwärtige Krise hat aber alles lahmgelegt und gleich die Schärfe den letzten Zudrängen der Inflation. Am 4. Quartal des Jahres 1925, wenn auch die Zahl der Arbeitslosen nicht ganz erreicht wird.

Am Ende Dezember 1925 von 38 110 Mitgliedern in 11 850 oder 81,1 % arbeitslos, so ermittelten den Stichtag am 30. Januar in 147 Filialen zeitig berichtet haben, von 87 107 (davon 198 männlich) Mitgliedern 14 467 männliche und 40 weiblichen 14 507 Arbeitslose, das sind 39,1 vom Gesamtstand Mitgliedschaft. Dabei errechnet sich dieser Prozentsatz auf Grund der Ergebnisse einiger weniger Filialen mit ausnahmsweise günstigen Verhältnissen einer großen Zahl von Orten aus dem ganzen Reichsgebiet des Deutschen Reiches ist ein weit größerer Prozentsatz Arbeitsloser vorhanden, ja in einigen Filialen sind fast alle unsere Kolonialarbeiter arbeitslos. — Die in der Regel den Lichtverhältnissen angepaßte verkürzte Winterarbeitszeit im Bauwesen ist nicht als Kurzarbeit im landläufigen Sinne anzusehen, da sie auf tariflichen Vereinbarungen beruht. Darüber hinaus ist aber die wöchentliche tarifliche Arbeitszeit für 1711 männliche und 25 weibliche Berufsangehörige bis zu 25 Stunden die Woche verkürzt, und nicht abwechselnd eine Woche gearbeitet und eine Woche frei.

Nachstehender Tabelle sind die Ergebnisse unserer Erhebungen seit Anfang 1925 übersichtlich zusammengestellt.

| Es berichteten Filialen | Mitgliederzahl in den berichteten Filialen am Schlusse des Monats | | Arbeitslose Mitglieder am Schlusse der letzten Woche des Monats | | Auf je 100 Mitglieder entfallende Arbeitslose am Schlusse der letzten Monatswoche | | |
|-------------------------|---|--------|---|--------|---|------|------|
| | 1925 | 1926 | 1925 | 1926 | 1925 | 1926 | |
| 150 | 147 | 36 404 | 37 107 | 4 403 | 14 507 | 12,1 | 39,1 |
| 142 | — | 35 572 | — | 2 194 | — | 6,2 | — |
| 128 | — | 34 405 | — | 677 | — | 1,9 | — |
| 133 | — | 35 713 | — | 231 | — | 0,6 | — |
| 131 | — | 35 765 | — | 112 | — | 0,3 | — |
| 140 | — | 38 817 | — | 280 | — | 0,7 | — |
| 116 | — | 38 109 | — | 336 | — | 0,9 | — |
| 135 | — | 38 037 | — | 781 | — | 2,1 | — |
| 136 | — | 40 534 | — | 1 400 | — | 3,4 | — |
| 140 | — | 39 416 | — | 2 789 | — | 7,1 | — |
| 146 | — | 41 390 | — | 6 990 | — | 16,9 | — |
| 145 | — | 38 110 | — | 11 850 | — | 31,1 | — |

Am stärksten ist unser Gewerbe mit am stärksten von den Auswirkungen der verheerenden Krise betroffen. Der lang-

anhaltende, ungewöhnlich harte Winter hat die ohnehin schlechte Geschäftslage noch verschärft. Eine schwache Belebung auf dem beruflichen Arbeitsmarkt ist zwar unüberkennbar, es bedarf aber anhaltend milder Witterung, um fühlbare Erleichterungen zu schaffen. An Objekten, die der renovierenden und verschönernden Hand des Malers warten, fehlt es nicht, wenn nur erst einmal die leidige Geld- und Kreditnot beseitigt ist und — die deutsche Wirtschaft sich so umgestellt hat, daß sie erfolgreich in die Konkurrenz auf dem Weltmarkt eintreten kann.

Die Karten für den laufenden Monat sind versandt. Stichtag ist Sonnabend, 27. Februar. Die ausgefüllten Karten sind spätestens bis 6. März an den Hauptvorstand einzusenden. Für den Monat Januar haben nicht berichtet, vom 1. Bezirk: Breslau, Greifswald, Rottbus, Landeshut und Landsberg a. d. W.; vom 2. Bezirk: Koblenz, Marburg und Neuwied; vom 3. Bezirk: Braunschweig und Bremerhaven; vom 4. Bezirk: Bielefeld, Bochum, Essen, Hamm, Reimscheid und Siegen; vom 5. Bezirk: Eisenberg und Glauchau; vom 6. Bezirk: Binau, Stuttgart und Ulm; vom 7. Bezirk: Hof, Passau, Schweinfurt und Weiden.

Der ADGB zum Volkentscheid.

Der Bundesausschuß tagte am 8. Februar in Berlin und hat sich in dieser Sitzung mit dem Antrag der Arbeiterparteien auf entschädigungslose Enteignung der Fürsten eingehend beschäftigt. Die Gründe, die den Bundesvorstand veranlaßt haben, die Vermittlungsaktion zwischen der Sozialdemokratischen und Kommunistischen Partei zu übernehmen, um eine einheitliche Stellungnahme der werktätigen Bevölkerung gegen die maßlosen Forderungen der Fürsten herbeizuführen, sind bereits bekannt. Im Bundesausschuß wurden die entscheidenden Gesichtspunkte für die Durchführung des Volksbegehrens noch einmal behandelt.

Die maßlosen Forderungen der ehemaligen Fürsten haben in der gesamten Arbeiterschaft und weit über diese Kreise hinaus im ganzen Volke leidenschaftliche, tieferechte Empörung hervorgerufen. Die Forderungen stehen überdies in krassem Mißverhältnis gerade zu der jetzigen Notlage, in die weite Kreise des Volkes, vor allem aber die Arbeiterschaft, durch die Wirtschaftskrise gestürzt worden sind. Die allgemeine Not hätte auch die Fürsten zu einer freiwilligen Begrenzung ihrer Forderungen aus vaterländischen Gründen bestimmen müssen. Tatsächlich sind sie zu keinerlei Opfer, auch nicht zu dem geringsten Verzicht, bereit gewesen. Die Volksbewegung für die entschädigungslose Enteignung ist die Antwort auf diese ebenso selbstsüchtige wie beschämende Haltung der einstigen Beherrscher des deutschen Volkes.

Aus der Aussprache der Verbandsvertreter im Bundesausschuß war zu entnehmen, daß sich die Gewerkschaften für das Volksbegehren und den Volkentscheid nachdrücklich einsetzen werden. Dabei kam auch zum Ausdruck, daß jeder Mißbrauch dieser Aktion zu durchsichtigen Parteimanövern auf das entschiedenste bekämpft werden wird. Ueber die neuen Bundesgesetzen beim Volkentscheid äußert sich der ADGB an anderer Stelle. Die Mitglieder mögen da nachlesen, daß es leider eine Kampfgemeinschaft mit den Kommunisten nicht geben kann. Niemand bedauert das mehr als die Gewerkschaften. Wir erkennen immer und überall wieder, daß diese Vertreter werktätiger Schichten für eine Einheitsfront mit den Gewerkschaften absolut ungeeignet sind. Darum trifft der nachstehende Beschluß des Ausschusses auch das richtige. Die Führung in diesem Kampf haben die politischen Parteien, da es sich beim Volkentscheid um eine rein politische Angelegenheit handelt, die die Gewerkschaften natürlich nicht ignorieren können und wollen. Der Bundesausschuß legte seine Stellungnahme in folgender Entschlieung nieder:

„Der Bundesausschuß billigt die Vermittlungsaktion des Bundesvorstandes zwischen den Arbeiterparteien zur Herbeiführung eines einheitlichen Gesetzentwurfes für eine Volksabstimmung über die entschädigungslose Enteignung der Fürsten. Der Ausschluß erkennt an, daß es sich hierbei um eine politische Angelegenheit handelt, deren Führung den politischen Parteien obliegt. Der Ausschluß fordert aber alle Verbände und Gewerkschaftsmitglieder auf, alle Kräfte mit einzusetzen, um dem Volksbegehren und gegebenenfalls dem Volkentscheid zu einem eindrucksvollen Erfolge zu verhelfen. Für die Aufbringung der erforderlichen Mittel empfiehlt der Bundesausschuß den Parteien die Einleitung von Sammlungen, an denen sich zu beteiligen der Ausschluß allen Gewerkschaftsmitgliedern zur Pflicht macht.“

Weiter beschäftigte sich der Bundesausschuß mit der Wirtschaftslage. Die Bemühungen des ADGB, um Wiederherstellung der Arbeitslosigkeit und Schaffung von Arbeitsstellen und Unternehmern haben deshalb Verhandlungen stattgefunden, die die „Frankfurter Zeitung“ veranlaßt haben, von einer Wiederaufrichtung der Arbeitsgemeinschaft zu schreiben. Das genannte Blatt hat sich geirrt. Die Vertreter des ADGB haben von der Errichtung der Arbeitsgemeinschaft überhaupt nicht gesprochen. Die Gewerkschaften werden alles daransetzen und sind ständig bemüht, die Not der durch die Wirtschaftskrise schwer leidenden Mitglieder zu lindern. Als Erfolg kann bereits die Zusage der Regierungsstellen auf Einführung einer Kurzarbeiterunterstützung gebucht werden.

Die Wirtschaftsenquete.

Die Entwicklung unserer Wirtschaft hat schon seit langem eine eingehende Erhebung über die Erzeugung und den Absatz notwendig gemacht. Zweifellos haben sich unsere ökonomischen Verhältnisse gegenüber der Friedenszeit durch Verluste an Rohstoffquellen und Märkten gemäß dem Versailler Vertrag, durch die Inflation, den Verlust unseres mobilen Vermögens und die mit der Stabilisierung eintretende Verkeuerung der Produktion bedeutend verschoben. Ebenso dürfte unbestritten sein, daß sich unsere Wirtschaft bisher den veränderten Vorbedingungen und Voraussetzungen nicht angepaßt hat. Es gilt also, durch eine objektive Untersuchung klar zu erkennen, wie die Dinge heute liegen, um so Weg und Richtung der kommenden Wirtschaftspolitik festzustellen und festzulegen. Das soll der Zweck der kommenden Wirtschaftsenquete sein.

Für den Plan einer allgemeinen Wirtschaftsenquete haben sich vor allen Dingen die Vertreter der Arbeiterschaft im vorläufigen Reichswirtschaftsrat eingesetzt. Sie fanden tatkräftigste Unterstützung durch die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion. Der Erfolg der eingeleiteten Aktion war die Fertigstellung eines Arbeitsprogramms für den Verlauf der Enquete durch den vorläufigen Reichswirtschaftsrat. Im großen und ganzen gehen die von der Regierung geleisteten Vorarbeiten auf das Arbeitsprogramm des Reichswirtschaftsrates zurück. Sie sind soweit beendet, daß die gesetzgebenden Körperschaften nun an die Beratung eines Gesetzentwurfes für eine Erhebung der deutschen Erzeugungs- und Absatzverhältnisse gehen und wir mit der allgemeinen Wirtschaftsenquete für den Frühling 1926 rechnen können. Die Gewerkschaften sind an der Enquete besonders dadurch interessiert, weil diese wertvolle Aufschlüsse über das Verhältnis von Arbeitszeit, Arbeitslohn, Arbeitsleistung und Wirtschaftsentwicklung geben wird.

Die geplante Enquete kann aber nur dann Wert haben, wenn sie zu einwandfreien und unparteiischen, also objektiven Ergebnissen kommt. Werden dafür keine Garantien geboten, so verliert die Enquete ihre Bedeutung. Wir verweisen nur auf die Textil- und Lederenquete. Beide sollten die Feuerungsursachen auf dem Textil- und Ledermarkt feststellen. Wochenlang hat man da geredet und Stöße von Akten vollgeschrieben mit dem Ergebnis, daß das Resultat gleich Null war. Etwas anderes war bei der Art und Weise, wie in Deutschland Enqueten verlaufen, kaum zu erwarten; einmal waren es die Interessenten, die die Enquete beherrschten und ihre von besonderen Rücksichten diktierten Meinungen durchsetzten. Des andern waren die Enqueten nicht öffentlich. Die Teilnehmer blieben unter sich, was, wie wir später sehen werden, von besonderer Bedeutung ist. Aus diesem Grunde muß der Verlauf der bevorstehenden allgemeinen Wirtschaftsenquete wesentlich anders gestaltet werden, als der Verlauf der bisherigen Enqueten, und zwar würde es sich empfehlen, wenn man die Enquete mehr dem englischen Muster anpaßt, das sich sehr gut bewährt hat. Zweckmäßig dürfte es sich erweisen, die Zahl der Mitglieder der Enquete möglichst zu beschränken. Die Enquete ist ihrer Natur nach eine Untersuchungskommission, sozusagen ein Richterkollegium und keine Interessentenvertretung; deshalb erübrigt es sich wohl, wie man das leider bisher getan hat, Ginz und Kunz als Syndikus dieses und jenes Verbändchens zuzuziehen. Im großen und ganzen wird die Enquete, die in der Hauptsache ein Urteil über die Richtigkeit oder Unrichtigkeit der Wirtschaftspolitik der letzten Jahre zu fällen hat, eine Auseinandersetzung zwischen Arbeit und Kapital werden. Aus diesem Grunde ist die Berücksichtigung solcher Leute geboten, die wirklich Fühlung mit den Betrieben, mit der modernen Arbeiterbewegung haben, ohne daß sie Interessenten sind. Es kann nicht genügen, um diesem Standpunkt Rechnung zu tragen, daß die Regierung abermals Leute wie Dr. Müller und Cohen-Meuf als „Arbeitervertreter“ in die Enquete oder in ihre einzelnen Kommissionen entsendet. Der Beschränkung der eigentlichen Enquetemitglieder muß eine Vermehrung der Sachverständigen

Soll der Junge Maler werden?

Die Zeit der Schulentlassung naht und da erhebt sich für die meisten der im wirtschaftlichen Leben...

Wie sieht es nun in unserm Gewerbe aus? Anforderungen stellt es an Körper und Geist des Lehrenden und wie sind die Verhältnisse...

Die Beschäftigung in Neubauten, besonders Fassaden, Durchfahrten und sonst der Bitterung...

Auch geistige Regsamkeit und gute Umgangsformen sind mit Voraussetzungen für einen tüchtigen Gehilfen...

Als ein besonders ungünstiges Moment kommt unser Gewerbe das Zusammendrängen der Arbeit...

Damit soll aber nicht behauptet werden, daß die Ausbildung in einem größeren Betriebe stets eine...

Aus unserm Beruf

Berufsunfälle. Kiel. Am 2. Februar 1926 der Kollege Walter Rosenfeld auf der Arbeit...

so muß von Staatswegen eine Form des Austausches der Waren gesucht und gefunden werden. Aber der Hauptkernpunkt...

In allen Menschenhirnen muß immer mehr der Gedanke reifen, daß jeder in der Welt ein Recht auf Arbeit hat...

Diese Zeilen geben einige Hinweise, welche Hemmnisse die Besitzer der Kapitalmacht auf die Wirtschaft haben...

In dem hier Ausgeführten sind selbstverständlich nicht alle Mängel der kapitalistischen Wirtschaft...

Der gekündigte Handelsvertrag mit Spanien.

Ein Grund der Wirtschaftskrise.

Bekanntlich hatte sich die deutsche Ausfuhr nach Spanien in außerordentlicher Weise gehoben...

Es betrug die Ausfuhr:

Table with 3 columns: Waren, Im Monatsdurchschnitt d. d. Statist. jahres 1926, Im November 1925. Lists various goods like Armaturen, Bohrer, etc.

digen gegenüberstehen. Es kommt nicht darauf an, einen Mann über die Verhältnisse in einer Industrie zu hören...

Aus dem Gesagten geht unter anderem die Wichtigkeit der Zusammenfassung der Enquete hervor. Nach den von der Regierung bisher geleisteten Vorarbeiten...

Wirtschaftsformen und ihre Lösungen.

Die derzeitige Wirtschaftskrise drängt auch unsere Kollegen zum Nachdenken und zur Aussprache darüber. Das Ziel jeder gesunden Wirtschaft ist Hebung der Kaufkraft...

Aber die jetzige Produktionskrise ist aus viel tieferen Ursachen entstanden, als es im arbeitenden Volke verstanden wird. In einem Staatswesen, wo die unproduktiven Kräfte...

Die schaffenden Menschen sind also die eigentlichen realen Wertzeugen. Wer arbeitsloses Einkommen bezieht...

Außer diesen Hindernissen sind noch andere Ursachen, die die Produktion und damit die Wirtschaft hemmen und verteuern. Die gesamte Wirtschaft ist beinahe ein einziges...

Eine Eigentümlichkeit hat sich seit Jahren im Staate unliebsam bemerkbar gemacht, das sind die Banken und sonstigen Geldinstitute; der Geldverkehr im kapitalistischen Zeitalter...

Ein anderer Uebelstand in der Wirtschaft besteht darin, daß die Verteilung der Ware durch zu viel Stellen geht. Ware, die oft den Zwischenhandel durchläuft, muß teurer werden...

Aus dem Gesagten ist erkennbar, daß nur produktive, Rechte schaffende Arbeit des gesamten Volkes die Wirtschaft heben kann.

endoc benutzt wird. Die Arbeit in diesem Berleghen ist alles andere als angenehm. Die Schleusen ist nicht wogerecht, sondern höhl, was zur Folge hat, das Wasser nicht vollständig ausgepumpt werden kann, schon vorgekommen, das sich die Maler, um unter Schiff arbeiten zu können, Fische heuen muhten. können, weil kein ebener Fußboden vorhanden ist, gestellt werden. Bewunderlich ist, wo doch die Ziel der Deutschen Werke L. G. große und einmünd- erodenbocks zur Verfügung hat, das die „Germania“ ein solches Mstrum von Dack in Betrieb hält. hien auf die Gesundheit der Arbeiter werden leider den Neueinrichtungen nicht genommen. Unfälle in durch seitliches Verrutschen der Anlegeleitern beim ichen von Schiffsböden werden immer zahlreicher. Kollegen sind der Ansicht, das, wenn schon von leitern aus gearbeitet werden muß, diese Leitern auch igenart der Arbeit entsprechend konstruiert sein. — Am 8. Februar 1926 verunglückte der im Gas- Gutin beschäftigte Kollege Max Wilupski Valente durch Ausrutschen der Leiter. W. erlitt ungen an Brust und Oberschenkel.

erlin. (Delegiertenversammlung vom ar 1926.) Eingang der Tagesordnung begrüßte rührende den Kollegen Blum, der seit 25 Jahren er der Filiale ist und während dieser ganzen Zeit litemen Pflichter seine Tätigkeit entfaltet hat. der Jungen sei es, ihm nachzueifern und mit der- unermüdblichen Arbeitskraft sich jederzeit für die sation zur Verfügung zu stellen. Lebhafter Beifall diesen Begrüßungswörtern. Nunmehr erkrankte Schiemann den Quartalsbericht, der zeigt, das Ende August die Krise innerhalb unseres Gewerbes ht hat. Im September muhten Kollegen 14 Tage Wochen auf dem Nachweis eingeschrieben sein, ehe mittelt wurden. Während nun politische Parteien nime und Versprechungen aufstellten, werden die z wecks Einlösung der Forderung den Gewerkschaften ht. Wenn auch gegenwärtig über 8000 Arbeitslose m Nachweis sind haben wir keinen Anlaß zur amalerei. Während früher in Berlin 80 000 Handels- eingetragten waren, sind gegenwärtig 82 000 vor- Unter diesen Umständen ist es erklärlich, wenn reisenkung stattfindet. Beträgt doch der Kartoffel- eim Landwirt 2 bis 2,80 M. bei den Verkäufern in oststädten 4,50 bis 5 M. Keine Regierung unter- den Großhändler, der ungemein preistreibend Die größte Zahl der im Frühjahr selbständig Ge- en hat im Herbst den Laden wieder zuemacht. Mit hind in Arbeiterkreisen die Frage aufgeworfen, was werschaften zur Vinderung der Arbeitslosigkeit und Beschaffung von Arbeit getan haben. Redner er- daß die von unserm Gewerbe herausgegebenen en, betr. Beschaffung von Arbeit, für Berlin wenig gehabt hätten. Vom Magistrat der Stadt Berlin ten wir Vereinstellung von Mitteln zur Ausführung diger Renovierungsarbeiten. Es wurde erreicht, das 2 Millionen Mark für Groß-Berlin bereitstelle. Es n auf jedes Bezirksamt ungefähr 80.000 M. Des- wurde mit Magistrat und Oberpräsidenten ver- zwecks Ausführung von Notstandsarbeiten. Hierbei ich, das eine Behörde der andern Untätigkeit vor- bis Dezember war die bürokratische Maschine noch weit, um dem Oberpräsidenten geeignete Vorlagen benehmigung und Anforderung von Mitteln ein- zu können. Nachdem die Gewerkschaften den not- in Druck mit Unterstützung der Öffentlichkeit ein- ging die Ausarbeitung und Bewilligung innerhalb Tage vor sich. Staatskredite wurden beim Wohl- inisterium mit Unterstützung der Gewerkschaften Ausführung sachgewerblicher Arbeiten angefordert. dies auch nur Palliativmittel, so sind sie aber rderlich, um wenigstens einem kleinen Teil die igen Unterhaltsmittel zu verschaffen. Arbeits- sfunq ist die erste Forderung, die wir stellen. rüber hinaus auch den von der Wirtschaftskrise nen eine ausreichende Unterstützung gezahlt werden selbstverständlich. Wenn die Regierung Millionen- für tote Industrien bereithält, muß auch den Er- en ausreichende Unterstützung zuteil werden. Durch lung mit dem Landesarbeitsamt und dem Ober- len wurde erreicht, das die Dauer der Unterstützung Wochen auf 20 Wochen erhöht wurde. Gegen- wird darüber verhandelt, die Höchstdauer auf en festzusetzen. Die Verhandlung gestaltet sich des- ußerst schwierig, weil große Widerstände bei Arbeit- owie bei den Behörden zu beseitigen sind. Die ber sind teilweise der Auffassung, das bei Arbeits- ng die arbeitslosen Meister zunächst berücksichtigt müssen, die dann mit ihren Lehrlingen die zu ver- Arbeiten ausführen würden, während wir der g sind, das die zu vergebenden Arbeiten an Firmen er werden müssen, die auch tatsächlich Gehilfen ent. Die Berliner Ortsverwaltung hat den Nach- bracht, das sie rechtzeitig vorbeugende Maßnahmen eitung der Erwerbslosigkeit gefordert hat, und er Fehlschläge nicht locker ließ, bis diese auch durch- wurden. In einer Reihe von Industrien waren wir treifis beteiligt, die die Abwehr der Lohnreduzierung en. Nur starke Gewerkschaften können reaktionäre se zunichte machen. Die in einigen Betrieben noch de Ueberarbeit wurde durch Verhandlung unter- Nicht Resolutionen und Parolen, sondern praktische it sei notwendig, um bessere Verhältnisse zu schaffen. tegiertenversammlung erklärte sich mit den Aus- en einverstanden und nahm darauf ein äußerst ves Referat des Genossen Heinig über die Wirt- ge Deutschlands entgegen. Er verstand es meister- e Zuhörer in die Probleme der Wirtschaft ein- u. Allseitige Zustimmung ertönte am Schluß seiner ungen. Auch hier wurde von einer Diskussion Ab- nommen. Nach Erledigung einiger geschäftlicher ungen wurde die Konferenz geschlossen.

Am 18. Januar fand unsere gut besuchte versammlung statt. Aus dem Jahresbericht ist zu

entnehmen, das das Jahr 1925 uns einen guten Schritt vorwärts gebracht hat. Die Arbeit setzte schon anfangs Februar ein und hielt bis Oktober gut an. Dann folgte anhaltende Arbeitslosigkeit. Durch erhebliche Entlassungen in der Industrie stieg die Arbeitslosenzahl auf 824 am 1. Januar 1926. Zwecks Beschaffung von Arbeiten wurden vom Vorstand, gemeinsam mit den Arbeitgebern, Gin- gaben an die Behörden gemacht; die Stadt hat hierauf in den Weihnachtswochen Schularbeiten ausführen lassen, wodurch 100 Kollegen 8 Tage beschäftigt werden konnten. Der Lohn, durch das Haupttarifamt geregelt, stieg auf 1,06 M am 10. Juli. In der Industrie wird von unsern Kollegen vorwiegend im Akkord gearbeitet. In den Zahl- stellen Rimbürg und Okerode muhten die Kollegen, um ihre Forderungen durchzusetzen, in den Streik treten, der mit Erfolg beendet wurde. Der Mitgliederbestand hat im Laufe des Jahres um 158 Kollegen zugenommen. Aus dem Kassenericht ist zu entnehmen, das an 188 arbeits- lose Kollegen Erwerbslosenunterstützung und an 86 kranke Kollegen Krankenunterstützung gezahlt wurde. Der finan- zielle Bestand der Filialkassen hat sich im Berichtsjahr gut entwickelt. Die Versammlungen waren im Durchschnitt gut besucht. Unter anderem wurden 4 beherrschende Vorträge gehalten. Es sprachen der nunmehr verstorbene Genosse Kaufmänn, Hamburg, über „Arbeitslohn, Arbeitszeit und Arbeitsleistung“, Kollege Reinert über „Die Gewerkschaften, Gesetzgebung und politische Vertretung der Arbeiterinter- essen“, Kollege Brinkmann über „Farbe im Stadtbild“ und der Genosse Friische hielt einen Filmvortrag über den „Hannoverschen Konsumverein“. Zu dieser Versammlung waren auch die Frauen der Kollegen eingeladen. Außerdem fand im Oktober eine Zahlstellenkonferenz statt. In der anschließenden regen Aussprache erboten sich die Kollegen zur regen Mitarbeit bei der im Frühjahr einsetzenden Agitation. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des bisherigen Vorstandes.

Rönigsberg i. Pr. Am 28. Januar fand im Gewerkschaftshaus unsere Generalversammlung statt, in der uns Kollege Schwarz im Jahresbericht 1925 ein Bild von dem stetigen Wachsen unserer Filiale gab. Er stellte fest, das bei Beginn des Jahres 1925 die Mitgliederzahl nach bezahlten Beiträgen 404, dagegen am Schluß des vierten Quartals 649 betrug. Es ergibt sich daraus, das der Mit- gliederbestand ein gesunder ist. Weiter streifte der Redner die Lohn- und Tarifverhandlungen und betonte, welch fromme Wünsche die Arbeitgeber haben. Das Verhalten der Arbeitgeber zeige, das nur ein geschlossenes Zu- sammenhalten diese Absichten durchkreuzen könne. Daher ist es unbedingt Pflicht eines jeden, dafür Sorge zu tragen, das auch der letzte uns noch fernstehende Kollege der Organisation zugeführt wird. Für die Lehrlingsorganisa- tion ist trotz mehrfacher Versuche der Arbeitgeber, dagegen zu wirken, der Grundstock gelegt und sie ist auch ver- hältnismäßig gut ausgebaut. Aber auch hier soll und muß noch sehr rege gearbeitet werden. Ebenso ist für das „Nachblatt“ recht fleißig Propaganda zu entwickeln. Die Betriebsrotwahlen erludete der Redner in diesem Jahre energischer durchzuführen. Einige Meister leiden offen- sichtlich an der chronischen Krankheit des Nicht-Lohnzahlens. Die Verwaltung hat sich daher gezwungen gesehen, dies durch den Offenbarungseid aus der Welt zu schaffen. Mit einem Appell an die Kollegen, weiter zu helfen, die Orga- nisation auszubauen, beendete Kollege Schwarz seine sach- lichen und verständlichen Ausführungen, die ohne Diskussion von der Versammlung entgegengenommen wurden. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Unter Punkt 2 der Tagesordnung wurde die Neuwahl der Orts- verwaltung vorgenommen, die bis auf zwei Neuwahlen in ihrer bisherigen Besetzung wiedergewählt wurde. Der dritte Punkt der Tagesordnung brachte außer örtlichen Fragen eine Resolution, die zur Durchführung des Volks- entscheidens zur Enteignung der fürstlichen Freibeuter auf- fordert.

Baugewerbliches

Konferenzen der Baukontrolleure. In den kommenden Wochen sollen fünf vom Vorstand des DGB. ein- berufene größere Konferenzen der Baukontrolleure tagen, in denen über die Tätigkeit und Befugnisse der Bau- kontrolleure gesprochen und Erfahrungen ausgetauscht wer- den sollen; ferner soll eine einheitliche und nuzbringende Tätigkeit und engere Fühlungnahme der Baukontrolleure herbeigeführt werden. Es sollen aber außer den Baukontrol- leuren auch Vertreter der für den Bauarbeiterchutz in Frage kommenden Gewerkschaften, die örtlichen und Landesbau- arbeiterchutzkommissionen sowie unsere parlamentarischen Vertreter daran beteiligt sein, so das ein größerer Kreis von Teilnehmern von vornherein gesichert ist. Auch unser Ver- band wird die in Betracht kommenden Vertreter entsenden.

Die Konferenzen finden statt in:

- Stuttgart am 28. Februar 1926 im Gewerkschaftshaus, Festsaal, Gßlingerstraße 19, Beginn 9 1/2 Uhr.
- Leipzig am 7. März 1926 im Volkshaus, Garten- saal, Beizer Straße 32, Beginn 9 1/2 Uhr.
- Berlin am 14. März 1926 im Gewerkschafts- haus, Saal 1, Engelauer 24/25. Beginn 10 Uhr.
- Hamburg am 21. März 1926 im Gewerkschafts- haus, Wefenbinderhof 57, Beginn 9 Uhr.
- Rön am 28. März 1926 im Gewerkschafts- haus, Saal 1, Severinstraße 199; Beginn 10 Uhr.

Als Tagesordnung in allen Konferenzen ist vorgesehen zunächst ein Vortrag des Bauarbeiterchutzsekretärs Genossen Sachs über die Aufgaben der Baukontrolleure bei der Bekämpfung der Berufsgefahren im Baugewerbe. Ferner soll gesprochen werden über die Zusammenfassung der Bauarbeiterchutzbestrebungen in den betreffenden Bezirken. Hierzu wird auf jeder Konferenz ein Ländervertreter den einleitenden Vortrag halten.

Gewerkschaftliches

Zur Schulentlassung. In kurzer Zeit entläßt die Schule wieder viele Kinder in das Berufsleben. Die Ent- scheidung für einen Beruf wird nicht immer leicht sein, und es hat sich später oft gezeigt, das junge Menschen für den erwählten Beruf nicht die Eignung besaßen, um den beruf- lichen Anforderungen völlig gerecht zu werden. Nirgendwo ist mehr Vorsicht geboten, als bei der Berufswahl. Alle Eltern, die die Absicht haben, ihre schulentlassenen Kinder dem laufmännischen Berufe zuzuführen, wenden sich aus diesem Grunde rechtzeitig an den Zentralverband der Angestellten. Er erteilt in allen Fragen der Berufs- wahl kostenlose Auskunft. In über 700 Orten befinden sich Geschäftsstellen oder Gruppen des Verbandes. Somit ist auch die Hauptgeschäftsstelle in Berlin SO 26, Orantenstraße Nr. 40-41, zu allen Auskünften gern bereit.

Vereinigungsfreiheit der gewerblichen Lehrlinge. Die Arbeiterkammer Bremen, bekanntlich das einzige in Deutschland bestehende Institut dieser Art, ist berechtigt, zu allen die Arbeiterschaft betreffenden Dingen und Vorkomm- nissen Gutachten und Anregungen zu geben. Eine Reihe bereits vorliegender Gutachten beweisen, wie weitverzweigt und vielgestaltig die Tätigkeit einer solchen Kammer ist. Einem Gutachten über die Vereinigungsfreiheit der gewerb- lichen Lehrlinge entnehmen wir das Folgende:

„Wie der Nr. 2 des amtlichen Organs der Gewerbe- kammer Bremen zu entnehmen ist, ist in das von der Ge- werbekammer herausgegebene Lehrvertragsformular unter „Besondere Bestimmungen“ die Vorschrift aufgenommen, das der Lehrling ohne Genehmigung des Lehrherrn Vereinigungen irgendwelcher Art nicht beitreten darf. Die unterzeichnete Kammer gestattete sich nun, die Gewerbekammer darauf hin- zuweisen, das diese Vertragsbestimmung eine Abrede dar- stellt, die die im Artikel 159 Satz 1 der Reichsverfassung „für jedermann“ garantierte Vereinigungsfreiheit einschränkt und demzufolge nach Satz 2 des Artikels 159 rechtswidrig ist. Die Rechtswidrigkeit dieser Vertragsbestimmung bewirkt nicht nur ihre Nichtigkeit, sondern sie macht auch den Lehrmeister im Falle der vorzeitigen Lösung des Lehrverhältnisses in- folge Nichteinhaltens der Abrede schadenersatzpflichtig gemäß § 223 Absatz 1 des BGB. Die Arbeiterkammer erwartet, das die Gewerbekammer diesen Hinweis zum Anlaß nehmen wird, die rechtswidrige Bestimmung wieder aus dem Ver- tragsformular zu entfernen und, soweit die Vertragsformu- lare schon verteilt sind, die Innungen darauf aufmerksam zu machen, das die Bestimmung nichtig ist und irgendwelche Fol- gerungen aus ihr nicht gezogen werden dürfen. Darüber hinaus hält es die Arbeiterkammer für unerlässlich, das die- jenigen Lehrmeister, die bereits ein neues Formular zum Abschluß eines Lehrvertrages verwendet haben, angehalten werden, ihren Lehrlingen beziehungsweise deren Eltern mit- zuteilen, das die entsprechende Vertragsbestimmung hinfällig ist und die Lehrlinge ohne Genehmigung ihres Lehrherrn jedweder Vereinigung beitreten können.“

Genossenschaftliches

Großhandel und Genossenschaften. Der Kampf um die Rundschaft hat im Zeichen der an- dauernden Wirtschaftskrise schärfere Formen bekommen als je. Erklärlicherweise. Denn der Verbraucher ist der eingeborene Arbeitgeber der Produktion und des Handels. Er steht über diesen beiden Formen des Wirtschaftslebens, und wenn er mit organisiertem Bewußtsein seine Konsum- und Kaufkraft auf die Wirtschaftsunternehmen kon- zentriert, die nach Qualität, Preis und sozialen Be- dingungen seinen wirtschaftspolitischen Anschauungen und hauswirtschaftlichen Interessen entsprechen, dann haben die andern ganz einfach das — Nachsehen. Die stärksten In- dustrie- und Handelsartelle, soweit sie in Produktion und Handelsbetrieb auf die Hauswirtschaft eingestellt sind, zer- brechen an dem Willen des Verbrauchers, wenn er sich mit Millionen andern auf ein bestimmtes Ziel konzentriert. Darum ist es auch verständlich, wenn der Kampf gegen die Genossenschaften im allgemeinen und gegen die Konsum- genossenschaften im besondern ein organisierter Kampf ge- worden ist. Diese Tatsache verleiht nicht nur dem Kampf an sich, sondern seinem Objekt die große Bedeutung, die ihm ohne weiteres innewohnt. Und der Zentralverband des deutschen Großhandels weiß sehr wohl, warum er seine organisierte Stoßkraft vor allem gegen die Konsumgenoss- schaften richtet. Denn sie verkörpern organisiertes Wirt- schaftslieben und vertreten eine neue Wirtschaftsform, die der privatwirtschaftlichen direkt entgegengesetzt ist.

So ist im letzten Viertel des verfloffenen Jahres be- kannt geworden, das der Zentralverband des Großhandels bei einer Tagung in Berlin dem Genossenschaftswesen offenen Kampf angesagt hat. Was nicht ohne Bedeutung ist, wenn man weiß, das kein parlamentarischer Einfluß auf die bürgerlichen Parteien des Reichstags stark genug war, um die Doppelbesteuerung der Genossenschaften beim Warenumsatz aufrechtzuerhalten. Der für die Tagung ver- öffentlichte Geschäftsbericht dieser größten und einfluß- reichsten privatwirtschaftlichen Handelsorganisation geht bei seiner Kampfanlage davon aus, „das die Genossenschafts- frage für den Großhandel an Bedeutung und Ernst ständig zunehme“. Infolgedessen wurde eine Genossenschaftskom- mission gebildet, die den Beschluß faßte, das der Zentral- verband des Großhandels „mit erhöhter Aktivität seine wirtschaftspolitische Tätigkeit auf dem Gebiete der Genossenschaftsbekämpfung fortsetze“ und das derselbe „insbesondere dann seinen ganzen Einfluß einsetze, wenn er durch Nachbarverbände erjudet wird, bei der Lösung des Genossenschaftsproblems durch Einwirkung auf die Industrie mitzuwirken“.

Die Kampfanlage in dieser Form ist äußerst interessant; denn sie enthüllt nicht nur die Interessengemeinschaft von Industrie und Großhandel und der für beide Wirtschafts- zweige vorhandenen Kartelle, sondern auch die Quellen der willkürlichen Preissteigerungen, von denen die Verbraucher- massen dann und wann überrascht werden. Diese ganze Stellungnahme paßt wunderbar zu der Politik des Preis-

abbaut, und wer heute noch daran glaubt, daß Industrie und Großhandel sich dazu hergeben, auch nur ein Zota von ihrem angestammten Profitrecht abzulassen, zahlt einen teuren Preis für seinen Glauben, als er es ohnehin tun muß. Wenn man so sieht, wie bitterernst es dem Großhandel und der Industrie ist, bei der „Lösung des Genossenschaftsproblems mitzuwirken“ und diese Lösung in einem „Kampf bis aufs Messer“ — will heißen: um den letzten Stübchen — sucht, so wird man annehmen müssen, daß vor allem die sozialistisch und gewerkschaftlich organisierten Verbrauchergruppen daraus die Erkenntnis gewinnen, daß es sich um ihre Sache handelt.

Die Konsumgenossenschaften und ein guter, treuer Stamm ihrer Mitglieder kennen Bedeutung und Einsatz dieses Kampfes wohl: Denn gelang es, die Konsumgenossenschaften in nennenswertem Maße von der Warenverteilung auszuscheiden und die guten Ansätze zur gewerkschaftlichen Nahrungsmittelproduktion zu zerstören, so würden Industrie- und Handelsvertreter zusammen mit dem auch schon sehr gut organisierten, auf alle Fälle aber vom Großhandel abhängigen Kleinhandel eine Preisdiktatur einrichten, daß den Verbrauchern Hören und Sehen verginge. Und es würde sich nicht zum zweitenmal ein deutscher Reichsfangler finden können, der der Privatwirtschaft ins Stammbuch schreibe, „daß die Warenpreise bei den Konsumgenossenschaften um mindestens 5 % niedriger seien, als beim Privathandel“. Denn es ist ganz sinngemäß und in völliger Übereinstimmung mit dem energievollen Prinzip der Genossenschaftsbekämpfung bis zur sogenannten „Lösung des Genossenschaftsproblems“, wenn der Großhandel „ohne Einwirkung von Staats wegen frei seinen Gewerbebetrieb betätigen“, das heißt, unter Mitwirkung der Industrie die Profiteure von dem Verbraucher fordern will, der seinem Willen — nicht seinen Leistungen — angepaßt erscheint.

Daß ihm bei der Erreichung dieser Monopollstellung für die Preisbildung die Konsumgenossenschaften im Wege stehen, stellt diesen auf alle Fälle das Zeugnis aus, daß sie nicht nur um die bekannten 5 % des Reichsfanglers Luther billiger sind, sondern daß sie in noch größerem Ausmaß als Preisregulatoren wirken, als die große Öffentlichkeit nur ahnt.

Und darum nehmen die Konsumgenossenschaften den Kampf, der auch ein parlamentarischer — bei der Steuer- gesetzgebung des Reiches und der Länder — sein wird mit dem Vertrauen in die Verbrauchergruppen auf, daß sie wissen, worum es geht. Wenn irgendwo, irgendwo und irgendwann die Verbrauchergruppen verhindern wollen, daß sie nur ein Spielball in der Preisfrage von Industrie und Großhandel sein sollen, statt bestimmend durch ihre konzentrierte Konsum- und Kaufkraft bei der Preisbildung mitzuwirken, dann muß ihre Kampfpapole nun erst recht lauten: Sinein in die Konsumvereine!

Sozialpolitisches

Nationalisierung und Lohnhöhe. Die Nationalisierung soll das Mittel sein, die Produktion zu verbilligen und somit die Kaufkraft des Volkes auf dem Wege der Preisverbilligung zu heben. Daß es aber auch Unternehmer gibt, die den entgegengekehrten Standpunkt vertreten, lehrt folgendes Zitat aus der „Kritik der Konjunkturaussichten der Deutschen Bergwerks-Zeitung“. Dort schreibt ein Unternehmer der verarbeitenden Industrie unter anderem: „Will man die Arbeitslosigkeit bekämpfen, so muß man die Zwangswirtschaft im Lohnwesen restlos beseitigen... Der vielfach mit Nationalisierung bezeichnete Prozeß der Stilllegung, Aufhebung und Zerstörung von Betrieben hat in Wirklichkeit nichts mit Nationalisierung zu tun... Ein großer Teil dieser sogenannten Nationalisierungsmaßnahmen wäre nicht erforderlich, wenn die Wirtschaft bei freier Lohnbasis, bei angemessenen sozialen Abgaben, Steuern und Frachttarifen arbeiten könnte. Es ist ein Übel, auf der einen Seite dauernd Betriebseinrichtungen zu treffen, die die Festlegung großer Kapitalien, deren Verzinsung und Amortisation erfordern, bloß um den Lohnanteil an der Warenerzeugung herunterzudrücken, während auf der anderen Seite Tausende Arbeiter brotlos werden, weil die Wirtschaft die geforderten Löhne nicht zahlen kann, einen etwas niedrigeren Lohnsatz aber wahrscheinlich tragen könnte.“ Dieser Industrievertreter der fertigverarbeitenden Industrie kalkuliert ganz einfach folgendermaßen: Die Nationalisierung setzt Arbeitskräfte frei und vermindert dadurch das Lohnniveau. So erfreulich letzteres ist, so gäbe es doch noch viel einfachere Wege, um zu diesem Ziele zu kommen; diese liegen in einer generellen Lohnermäßigung. Dann würde das Lohnkonto ebenfalls ermäßigt und man hätte nicht notwendig, auch noch kostspielige Anlagen zur Durchführung der Nationalisierung anzuschaffen. — Es wird notwendig sein, den deutschen Unternehmern klarzumachen, daß eine Nationalisierung gestoppt bleiben kann, die nicht eine Erhöhung, sondern eine Herabsetzung der Lebenslage der großen Masse zum Ziel hat. Es ist immer das alte Lied: Die erbärmliche Lage der Arbeiterklasse durch Lohnföhrung noch tiefer herunterzudrücken, aber an den ungeheuren Einkommen der Großunternehmer, Aktionäre, Direktoren usw. soll nicht getüttelt werden.

Die Arbeitsmarktlage hat sich im Monat Januar weiterhin außerordentlich verschlechtert, wenn auch die Zahl der Arbeitslosen nicht so sprunghaft zunahm wie im Dezember. Mitte Januar wurden 1 702 000 Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge gezählt. Die Zahl der Ausgeschiedenen wird auf eine halbe Million, die der Kurzarbeiter auf weit über 1 1/2 Millionen veranschlagt. In das zweifelhafte 4 Millionen Reichchen bezugsfähiges Lohndat. Die höchsten Ziffern Erwerbsloser zeigen Berlin, Hamburg, Rheinland-Westfalen, Sachsen. Der Bergbau, die Schwerindustrie und das gesamte Baugewerbe haben den höchsten Prozentfuß an der Arbeitslosigkeit.

Angesichts dieser Tatsachen stand in der letzten Zeit die Frage der Föhrung des Arbeitslosenelendes im Vorder-

grund. Die Sätze der Erwerbslosenfürsorge erfuhren am 1. Januar 1926 eine Erhöhung um 20 % für die Hauptunterstützten, um 10 % für die Zuschlagsempfänger, während von der Sozialdemokratie eine Steigerung um 50 % gefordert worden war. Ferner gelangte ein Gesetz zur Verabschiedung, das die Angestellten bis zu einem Jahreseinkommen von 6000 M in die Erwerbslosenfürsorge einbezieht. Eine Verordnung vom 18. Januar beschränkt für die Land- und Forstarbeiter die Beitragsbefreiung von der Erwerbslosenfürsorge. Während bisher keine Beiträge für die Erwerbslosenfürsorge gezahlt zu werden brauchten, wenn es sich um langfristige Arbeitsverträge handelte, wird jetzt eine Befreiung gewährt, nur, wenn solche Verträge in Schriftform vorliegen, oder wenn bei tariflich geregelten langfristigen Arbeitsverträgen eine von beiden Parteien unterzeichnete schriftliche Zustimmung zu den tariflichen Regelungen vorgelegt wird. Durch einen Erlaß vom 11. Januar wurde die Gewährung von Erwerbslosenunterstützung an Saisonarbeiter, besonders an die Bauarbeiter erleichtert. Dringend erforderlich ist die Gewährung von Erwerbslosenunterstützung an die Kurzarbeiter. Zu einer einmaligen Beihilfe für die ausgebezahlten und nicht unterstützten Arbeitslosen sollen 5 Millionen Mark durch die Wohlfahrtsämter verteilt werden. Ferner bestimmt eine Verordnung die Errichtung einer Reichsausgleichskasse, die eine übermäßige Belastung einzelner Gemeinden durch Erwerbslosenunterstützung verhindern soll. Von dem jetzt für das ganze Reich einheitlich auf 3 % des Grundlohnes festgesetzten Erwerbslosenunterstützungsbeitrag wird 1 % des Grundlohnes an die Reichsausgleichskasse abgeführt werden. Wegen der besonders großen Beschäftigungslosigkeit im Ruhrgebiet sind für die Unterstützung der durch die Ruhrbesetzung erwerbslos gewordenen Arbeiter neue Regelungen getroffen worden. Allgemein versuchen die öffentlichen Körperschaften, umfangreichere Hilfsarbeiten in Angriff zu nehmen. Die Beihilfe des Reiches für solche Zwecke ist für Gemeinden mit besonders großer Arbeitslosigkeit (über 2 % der Einwohner) erweitert worden.

Förderung oder Hemmung der Wohnbautätigkeit? Der Antrag der Zentrumspartei, der die Behebung des Wohnungsbaues durch Erleichterung seiner Finanzierung befürwortet, ist aus allgemeinen Gesichtspunkten zu begrüßen. Dem Standpunkt der Gegner des Wohnungsbauprogramms, der kürzlich im „Magazin der Wirtschaft“ dargestellt und verteidigt wurde, können wir nicht beitreten. Das wirtschaftliche Hauptargument gegen den Wohnungsbau lautet folgendermaßen: „Eine Million Mark, die zum Wohnungsbau verwendet wird, schafft einer bestimmten Zahl von Unternehmern und Arbeitern ein malig Arbeit und Verdienst. Dieselbe Million, verwendet in jener industriellen und agrarischen Rationalisierung, die aus Geldmangel so vielerorts nicht durchgeführt werden kann, erzielt dieselbe Wirkung dauernd.“ Hier wird aber eine zu starre Auffassung des wirtschaftlichen Prozesses entwickelt, der man in dieser Form nicht beipflichten kann. Was die zeitliche Folge anbelangt, so kann die Förderung der Bautätigkeit sofort Arbeit und Beschäftigung verschaffen, während die Ergebnisse der vermehrten Rationalisierung, sondern auf Neuanschaffungen von Maschinen usw. beruht, sich erst nach längerer Zeit zeigen können. Wenn auch diese Art der Rationalisierung sehr notwendig ist, so kann doch die Wirtschaft nicht so lange in stagnierendem Zustand verharren, bis die Rationalisierung ihre Früchte trägt. Zumal weil die Vermehrung der Arbeitslosigkeit geeignet ist, auch die Kapitalneubildung, die zu Rationalisierungen verwendet werden soll, durch Verlangsamung der Produktion und durch den Rückgang der Kaufkraft breiter Bevölkerungsschichten zu unterbinden, während die Erwerbslosenunterstützungen ebenfalls Kapitalien der produktiven Verwendung entziehen. Dazu kommt noch, daß die steigenden Gewinne, die die Industrien für Baumaterialien dank der vermehrten Bautätigkeit erzielen, ebenfalls zur Rationalisierung dieser Unternehmungen beitragen können. Zur Rationalisierung der Wirtschaft gehört aber auch die bessere Ausnützung der Arbeitskraft. Diese ist aber auch von gesunden Wohnverhältnissen mitbestimmt. Abgesehen also von der sozialen Seite, stehen auch die wirtschaftlichen Erwägungen nicht gegen die Wohnbautätigkeit. Sowie muß allerdings anerkannt werden, daß es auf die Ermittlung des richtigen Verhältnisses ankommt, welche Teile der verfügbaren Kapitalien dem Wohnungsbau zugeführt werden können und welche andern Zwecken vorbehalten bleiben müssen. Der Wunsch, daß der Wohnungsbau der privaten Initiative überlassen bleibe, während sich die öffentlichen Hände von ihm fernhalten sollen, kann aber nicht aufrichtig gemeint sein: ist doch allgemein bekannt, daß unter den heutigen Verhältnissen umfangreichere Wohnungsbauten ausschließlich aus öffentlichen Mitteln ausgeführt werden können.

Vom Ausland

Der Amerikanische Gewerkschaftsbund, dessen Mitgliederbestand infolge der Wirtschaftskrise der ersten Nachkriegszeit ebenfalls zurückging, verzeichnet erfreulicherweise seit einiger Zeit, nach dem I. G. B., wieder steigende Mitgliederzahlen, und zwar besonders in den kleineren Verbänden, so unter den Tapezierern, Schauspielern, Friseurn, Klempnern und Postbureauangestellten. Von den grösseren Verbänden zeichnen sich besonders aus: die Musiker, Maler, Typographen, Fuhrleute und Zimmerleute. Die Gesamtmitgliederzahl des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes stellt sich zur Zeit auf 2878297. Nachstehend die zehn grössten Verbände mit ihren Mitgliederzahlen: Bergleute 400000, Zimmerleute 317000, Elektriker 140000, Eisenbahner (Fahrpersonal) 125000, Maler 107000, Angestellte von Kraftstationen und elektrischen Bahnen 101000, Eisenbahnbureauangestellte 91200, Frauenbekleidungsarbeiter 91000, Musiker 80000, Fuhrleute 78900.

Literatur

Gebräuchs-Alphabete. So betitelt sich eine vom Verlag F. Ullrich & Co. in Leipzig erschienene Sammlung von 80 in Farbendruck ausgeführten Tafeln von älterer wie auch neuerzeitlicher Schriftensorten für den täglichen Gebrauch des Schilbermalers sowie zum Studieren der Schule, entworfen von Ludwig Dersch und I. u. s. N. i. t. s. c. h. e. Unter den vielen schon herausgegebenen Schriftenwerken können sich die neu vorliegenden Brauch-Alphabete wohl sehen lassen. Die Verfasser sind erfahrene tüchtige Fachleute, durch alle geht ein sicherer, exakter Zug. Es ist nichts „Gefühlsregendes“, sondern eine bewährte Grundlage über die eigentliche Aufgabe der Schriftmalerei ausgehend, verfolgen sie Ziel: klare, saubere, wirkungsvolle Schrift. Wir wollen nicht zu allen Tafeln kritisch äußern, doch verdienen andere die moderne Kalligraphie (Tafel 1), die in Lateinschrift (8), Gotische Kalligraphie (22), Bastard (8), Unziale für Kirchenmaler (9), die aufgelichtete Schrift (4), die aufgelichtete Grotesk (7), aufgelichtete Versalien (21), Kalligraphie mit Schatten (17), Kalligraphie mit Schatten (28) besonders hervorzuheben; auch Tafel 24, eine ineinandergehobene Blockdruckart, ist von guter Wirkung. Der Preis empfehlenswerten Schriftenwertes beträgt 25 M.

Literarisches

„Die Frauenwelt“. Die das ganze deutsche Volk bewegende Frage der Frauenabfindung hat auch dem neuen „Die Frauenwelt“ ihren Stempel aufgedrückt. Das Titelbild ein Bild graumänteliger Arbeiterinnen — schweigend, in Pantalon neben hungrigen Gestalten der Schwappenden. Das Buch bringt rücksichtslos die Wahrheit der unerbittlichen Forderungen und zeigt das Volksgedöhen als Weg, die Millionen dem Starb der Frauen zu entziehen. In dem Beiträgen bringt das neue Werk wieder eine Reihe von Beobachtungen, die die Welt der bevorstehenden Frauenwelt ist die Zeitschrift der Schwappenden Frau und der vierzehntägig. Jedes Heft kostet 30 Pf., mit Schnittmuster 10 Pf. mehr. Zu beziehen durch alle Volksbuchhandlungen, Postämtern oder direkt vom Verlag J. S. W. Dieckmann in SW. 68.

„Die Gemeinde“. Diese Halbmonatsschrift für soziale Arbeit in Stadt und Land ist immer mehr zum unentbehrlichen Berater aller sozialistischen Gemeindevertreter geworden. Man darf in irgend einem Zweig der Gemeindeverwaltung nicht ohne diese Zeitschrift heute sein. Das neue Heft 3, eine grundsätzliche Abhandlung über gemeindliche Sozialpolitik, ist ein wertvolles Material. Die „Gemeinde“ erscheint wöchentlich und kostet monatlich 90 Pf. Zu beziehen durch alle Volksbuchhandlungen und Postämtern oder direkt vom Verlag J. S. W. Dieckmann in SW. 68.

Rechenbuch des Schachspiels. Einführung in alle Zweige des Schachspiels von J. Berger. 5. Auflage. Preis gebunden 12 M. Hesse Verlag, Berlin SW. 15. Ein Rechenbuch und Anweisungen für das Schachspiel besteht gewöhnlich aus einem Buch, das die Grundregeln des Schachspiels unter anderem hat, einen Leitfaden herauszugeben, so leiten ihn hierher Gesetze, die bisher außer acht gelassen wurden. Der Verfasser ist ein Element des Schachspiels in knapper und verständlicher Form mit dem Anfänger nicht zu viel auf einmal zu, damit jede Gelegenheit, ihm einen Einblick in die Tiefen des Schachspiels zu geben und sein Interesse am Schach zu wecken. Es führt Berger unermüdet zu den Schwierigkeiten und dem Reichtum des Schachspiels; besonders interessant und original ist die Darstellung der Fehlerspielarten, bis er endlich bei der Beschreibung der berühmtesten Meisterpartien und Kompositionen landet, das interessante und schon ausgefallene Buch, das sich als Geschenk eignet, kann allen Freunden des Schachspiels, die es werden wollen, empfohlen werden.

Wie man die Bildungsarbeit fördert. Selbstbildung geeignete Anregungen und Anweisungen kann, das zeigt uns in musterhafter Weise die vom Reichsministerium für soziale Arbeit herausgegebene Zeitschrift „Die Arbeiterbildung“ und die ihr beiliegende „Arbeiterbildung“. Auch das soeben erschienene Rechenbuch der „Arbeiterbildung“ bringt nicht nur eine große Anzahl wertvoller sozialistischer und literarischer Neuerscheinungen, es führt in Dingen durch systematische Führungsartikel durch die Wissensgebiete, durch Vertiefung von Kursus-Diskussionen, allen geistig interessierten Genossen in der Arbeiterbildung und darüber hinaus auch allen, die sich für soziale Fragen interessieren, wichtige Anregungen und praktische Hinweise zu geben. Es kann deshalb allen in Frage kommenden Personen nur empfohlen werden, die neue Zeitschrift, die in 150 Pf. für das Vierteljahr bei der Post zu beziehen ist, zu bestellen und Leser für sie zu werden.

Naturfreunde-Kalender 1926. Der Touristenverein Naturfreunde, Reichsleitung für Deutschland, Nürnberg mit Bildern geschmückten Kalender herausgegeben. Bild zeigt ein Naturfreundehaus, die in allen Teilen Deutschlands, Österreichs und der Schweiz von den Naturfreunden errichtet wurden. Unter den Abbildungen ist kurz angegeben, wo die Häuser liegen, wie sie zu erreichen sind. Größe (Schlafplätze) sie haben und wer sie einrichtet. Die Wanderlustigen, vor allem unsere wanderlustigen Jugend, die dieses Nachschlagewerk der Naturfreunde besitzen, billige Unterkunft gewährt wird anzuschaffen. Preis 1,50 M. Bestellungen sind an den Touristenverein „Die Naturfreunde“, Nürnberg, Webergasse 1, zu richten.

Das deutsche Messwesen in der heutigen sozialistischen und die Leipziger Frühjahrsmesse 1926. Ausführungen des Vorstandes des Messwesens für die Messermessen in Leipzig, Dr. phil. et jur. R. A. H. o. p. l. e. r., vor einer größeren Anzahl Vertreter der Tagungsversammlung am 12. Januar 1926 im Sitzungszimmer des amtes, Leipzig, Markt 4.

Vom 14. bis 20. Februar ist die 7. Beitrags-

Sterbefälle.

Dresden. Am 8. Februar starb infolge eines Schlaganfalls unser langjähriges treues Mitglied Wenzel im Alter von 63 Jahren.

Düsseldorf. Am 26. Januar starb infolge eines Schlaganfalls ganz unerwartet der Kollege Karl Heine im Alter von 55 Jahren.

Halle a. d. S. Am 8. Februar starb unser altes Mitglied, der Kollege Robert Felsberg im Alter von 74 Jahren.

Ohre ihrem Andenken!